



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 03.11.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
am Dienstag, 08. November 2011, um 17:30 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 23.8.2011 und 27.9.2011
2. Wahl einer/eines stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
3. **11-F-03-0093**

Umweltfreundliche Erneuerung der städtischen Busflotte
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.10.2011 -

Die Emissionsbilanz für NO_x weist mit einem Anteil von über 50 Prozent den Kfz-Verkehr als dominierende Emittentengruppe aus. Die Aufschlüsselung der Emissionsraten nach Kfz-Klassen und Antriebsarten zeigt, dass schwere Lkw und Busse bzw. der Dieselantrieb überproportional zur Emissionsrate in den Straßen beitragen. Da Pkw mit Ottomotoren, obwohl sie ca. 75 % Anteil am Kfz-Verkehr haben, nur ca. 20 Prozent zur NO₂-Emission und nur geringfügig zur PM₁₀-Emission beitragen, sind Maßnahmen zur Emissionsminderung vorrangig bei schweren Lkw und Bussen und nachrangig an allen anderen Dieselfahrzeugen anzusetzen. Die Erneuerung der Busflotte liegt im Handlungsermessen der Landeshauptstadt Wiesbaden. Erst mit der Einführung von Euro Norm VI - Fahrzeugen wird eine merkliche Reduktion der NO_x-Emissionsbelastung eintreten,

deshalb ist eine schnelle Umstellung auf Fahrzeuge dieser Typs bzw. alternativer umweltfreundlicher Antriebsarten (Hybrid, Elektro) wichtig, um die Schadstoffbelastung in Wiesbaden zu verringern.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. mit ESWE Verkehr eine Planung aufzustellen, die eine schnellere Umstellung der Busflotte auf Euro VI-Norm, bzw. Elektrobusse ermöglicht. Ziel ist bis 2015 eine doppelt so hohe Austauschrate wie vorgesehen zu erreichen, dies entspräche dem Austausch von rund 100 Fahrzeugen. Die Auswirkungen des Flottenwechsels sind damit statt nach 10 Jahren bereits nach 5 Jahren wirksam.
2. Ein Finanzierungsmodell für den oben erläuterten schnelleren Flottenaustausch zu erarbeiten.
3. Darzustellen, welche Schadstoffeinsparungen sich aus einem schnelleren Flottenaustausch ergeben.
4. Dem Ausschuss die Ergebnisse der Planungen rechtzeitig vor den kommenden Haushaltsverhandlungen vorzustellen, so dass die Mehrkosten für einen schnelleren Flottenaustausch in den kommenden Haushalt eingestellt werden können.

4. 11-F-08-0063

Sachstand Freigabe des Geländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände) in Mainz-Kastel
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 02.11.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge einen Sachstandsbericht geben hinsichtlich der Aktivitäten zur Überführung des bislang militärisch genutzten Geländes „Kastel Storage Station“ (so genanntes „AFEX-Gelände“) in Kastel-Mitte in eine zivile Nutzung gemäß der vom Ortsbeirat Mainz-Kastel unterstützten Planungen.

5. XXXL-Möbelmarkt in Biebrich

5.1 11-F-03-0073

XXXL-Möbelmarkt in Biebrich
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 27.9.2011 -

ANLAGE

5.2 XXXL-Möbelmarkt in Biebrich - Sachstand Bauantrag -

5.3 11-F-03-0100

Möbelmarktansiedlung
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 01.11.2011-

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob es den Tatsachen entspricht, dass der XXXL-Möbelmarkt erst 2013 an der Äppelallee erweitert wird, weil man abwarten möchte, ob ein anderes Möbelhaus im Petersweg bauen wird.
2. ob es den Tatsachen entspricht, dass ein anderes Möbelhaus, z.B. Möbel Marx, Interesse bekundet hat sich im Petersweg anzusiedeln.
3. Mit welchen Kenngrößen die Ansiedlung eines Möbelhauses ohne weitere Änderung des B-Plans, d.h. allein mit Bauantrag, möglich wäre.

6. Wohnquartier „Rheingaupalais“

6.1 11-F-03-0095

Bauprojekt "Rheingaupalais"
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.10.2011 -

Der Magistrat hat die Aufstellung des Bebauungsplan "Wohnquartier Rheingaupalais" im Ortsbezirk Schierstein - Aufstellungsbeschluss - (SV 11-v-61-0037) am 11.10.2011 beschlossen.
Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in den B-Plan folgende Punkte einzuarbeiten (die Punkte 1-4 sind Anregungen des Ortsbeirats Schierstein, Punkt 5 geht auf eine Kritik des Naturschutzbeirats zurück, Punkt 6 wurde im Architektenbeirat diskutiert):

1. Die Belange der auf dem angrenzenden Sportplatz Sport treibenden Vereine und Schulen müssen gebührend berücksichtigt werden, insbesondere hinsichtlich des Lärmschutzes und evtl. Beeinträchtigungen durch die Flutlichtmasten. Konflikte in Richtung des bei der Sportausübung notwendigerweise entstehenden Lärms - auch an Wochenenden und am Abend - müssen im Vorhinein ausgeschlossen werden.
2. Das Verkehrskonzept ist zu überarbeiten, um eine Stellplatzkonkurrenz im Wohngebiet zwischen Anwohnerinnen und Anwohnern und Ausflüglern - insbesondere an Wochenenden und in der Sommerzeit - zu vermeiden.
3. Es sollte darauf geachtet werden, dass eine fußläufige Verbindung zwischen dem neuen Quartier und dem Lindenviertel geschaffen wird und ein öffentlicher Durchgang zur Kleinaustraße besteht. Der Lindenbach und das „Bachtreppechen“ müssen in die Neugestaltung einbezogen werden.
4. Im Quartier sollte eine Bäckerei und ggf. ein Laden integriert werden.
5. Der Gebäuderiegel längs der Söhnleinstraße, der die zum Rhein hin abfließende Kaltluft versperrt, soll dahingehend abgeändert werden, dass ein Abfluss der Kaltluft möglich ist.
6. Die Tiefgarage soll übersichtlicher gestaltet werden.

7. Berücksichtigung ökologischer Kriterien, wie Passivhausstandard, eine nachhaltige Energieversorgung des Wohngebiets, Photovoltaik und/oder thermische Solarnutzung sowie Regenwassernutzung.
8. Berücksichtigung sozialer Kriterien, wie beispielsweise einen Teil der Wohnungen unter dem Mietspiegel anzubieten sowie nachbarschaftliches Miteinander zu fördern indem Plätze und ggfalls gemeinsam nutzbare Gebäude geplant werden.

6.2 11-V-61-0037

DL 28/11-14, 27/11-14

Bebauungsplan "Wohnquartier Rheingaupalais" im Ortsbezirk Schierstein -
Aufstellungsbeschluss -

7. 11-F-03-0096

ESWE Verkehr/WiBus: Kursausfälle
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.10.2011 -

Die Lokalpresse berichtete Anfang Oktober 2011 über Engpässe und Ausfälle im Busverkehr wegen krankheitsbedingter Abwesenheiten der Busfahrer. Mitte Oktober berichtete die Presse, dass die Kursausfälle möglicherweise auf einen permanenten Arbeitskräftemangel und nicht auf eine Krankheitswelle zurückzuführen sind. Es gibt kaum eine schlimmere Negativ-PR für den öffentlichen Nahverkehr als das vergebliche Warten von Fahrgästen auf einen angekündigten Bus. Deshalb sollten alle Anstrengungen des Unternehmens dahin gehen diese Situation zu vermeiden. Neben den Unannehmlichkeiten für die Fahrgäste scheinen auch die Arbeitsbedingungen der Busfahrerinnen und Busfahrer bei WiBus derzeit unzumutbar zu sein.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, worauf die Kursausfälle der letzten Zeit im Wiesbadener Stadtbusverkehr zurückzuführen sind.
2. zu berichten, wie das Unternehmen WiBus in Zukunft auf solche Situationen (Krankheitswelle unter Busfahrer/innen) vorbereitet ist.
3. zu prüfen, ob WiBus ggfalls in Zusammenarbeit mit ESWE-Verkehr einen Pool mit den Mainzer Busfahrer/innen bilden kann, um bei Krankheitswellen darauf zurückzugreifen (wie in jüngster Zeit bereits geschehen); zumindest für die Gemeinschaftslinien 6,9,28 und 33.
4. dafür zu sorgen, dass Angestellte der WiBus als Unternehmen der Wiesbaden Holding angemessene Arbeitsbedingungen vorfinden.
5. zu berichten, mit welchen Maßnahmen die Attraktivität der städtischen Busunternehmen als Arbeitgeber gesteigert werden kann und deren mögliche finanzielle Auswirkungen darzustellen.

8. 11-F-03-0099

Aartalbahn
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 19.10.2011 -

In einem Schreiben von Oberbürgermeister Helmut Müller vom Januar 2010, mit dem er die vom RMV zur 4. Wiesbadener Aartalbahnkonferenz vorgestellten Folien weiterleitet, kündigt er an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz über den Fortgang der besprochenen Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der mittelfristigen Nahverkehrsplanung des RMV zu gegebener Zeit zu informieren.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. über den Fortgang der auf der 4. Wiesbadener Aartalbahnkonferenz besprochenen Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen der mittelfristigen Nahverkehrsplanung des RMV zu informieren.
2. Die Langfassung des RMV-Gutachtens an die Stadtverordneten weiterzuleiten.

9. 11-F-03-0102

Nahverkehrsplan

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.10.2011 -

Der für Wiesbaden gültige Nahverkehrsplan muss aktualisiert werden. Dies ist einerseits fachtechnisch nötig, da der bisherige Plan nicht mehr dem aktuellen Stand entspricht, z.B. muss die Bahn in der Stadt als wichtiger Bestandteil integriert werden; andererseits wird lt. EU-Recht der Nahverkehrsplan als Steuerungsinstrument für ein integriertes, qualitativ hochwertiges und barrierefreies Verkehrsangebot gestärkt.

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den Nahverkehrsplan zu aktualisieren und dabei die Einführung der Bahn in der Stadt sowie die Vorgaben des EU-Rechts zu berücksichtigen.

10. 11-F-08-0033

Schriftliche Anfrage Nr. 6/2011 der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 14.06.2011 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Standort Stadtbibliothek

- Überweisungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6.10.2011 -

ANLAGE

11. 11-F-03-0101

Knotenpunkt Erbenheim

- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.10.2011 -

Der Knotenpunktbereich B455, K634 und Luftbrückenstraße soll wegen der Erweiterung des Wiesbaden-Army-Airfields zu einer lichtsignalisierten Kreuzung umgebaut werden (SV 11-V-66-0228).

Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, wieso anstelle einer lichtsignalisierten Kreuzung angeblich kein Kreisell errichtet werden kann.
2. zu prüfen, inwieweit der Kostenanteil der Landeshauptstadt Wiesbaden durch die US-Army, als Verursacherin des erhöhten Verkehrsaufkommens, übernommen werden kann.

12. 11-F-03-0098

Renovierung des Kulturdenkmals Schenk'sches Haus
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 01.11.2011-

Die Außensanierung des Kulturdenkmals Schenk'sches Haus wird begrüßt. Im Sinne eines nachhaltigen Gebäudemanagements und der Klimaschutzziele sind ergänzende Wärmedämmmaßnahmen anzustreben. Wärmedämmmaßnahmen an Kulturdenkmälern wurden auch in Wiesbaden in der Vergangenheit schon ausgeführt. Sie können durch ein spezielles Programm des Innovations- und Klimaschutzfonds von ESWE gefördert werden. Der Ausschuss für Planung und Verkehr möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu prüfen, ob bei der geplanten Renovierung des Schenk'schen Hauses eine Wärmedämmung aufgebracht werden kann.

Im Falle eines positiven Ergebnisses sollten alle möglichen Fördertöpfe zur Teilfinanzierung genutzt werden.

13. 11-F-08-0044

Beteiligung der Ortsbeiräte
- Überweisungsbeschluss des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration vom 29.9.2011 -

ANLAGE

14. 11-V-61-0008

DL 28/11-11

Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Wiesbaden für den Planbereich "Delkenheimer Kiesgrube" im Ortsbezirk Delkenheim
- Änderungs- und Entwurfsbeschluss -

15. 11-V-61-0031

DL 28/11-12

Bebauungsplan "Dachsberg" im Ortsbezirk Dotzheim, Gemarkung Schierstein;
Satzungsbeschluss

16. **11-V-66-0234** **DL 29/11-5**

Änderung der Satzung über die Gebühren für die Benutzung von Parkplätzen im öffentlichen Straßenraum der Landeshauptstadt Wiesbaden (Parkgebührenordnung)

17. **Verschiedenes**

Tagesordnung II

1. **11-F-03-0055**

Neumarkierung Radwege
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8.8.2011 -

ANLAGE

2. **11-V-20-0031** **DL 27/11-2, 16/11-3**

Investitionscontrolling 1. Quartal 2011

3. **11-V-20-0065** **DL 27/11-1 NÖ**

Sanierung der historischen Fassade des Kulturdenkmals "Schenksches Haus", Friedrichstraße 32

4. **11-V-61-0036** **DL 28/11-13**

Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte ID Nr. 3983 - Wiesbaden - Erbenheim

5. **11-V-66-0219** **DL 27/11-15**

Homburger Straße - Einrichtung eines Fußgängerüberweges

6. **11-V-66-0223** **DL 28/11-15**

Knotenpunkt Äppelallee/Herzogsplatz - Unfallbeseitigung

7. **11-V-66-0509** **DL 28/11-2 NÖ**

Baulandumlegung 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in Mainz-Kastel, Teilumlegungsplan 4

8. **11-V-80-2323** **DL 27/11-3 NÖ**
Verkauf eines Baugrundstücks in der Lahnstraße in Wiesbaden
9. **11-V-80-2329** **DL 29/11-3 NÖ, 27/11-4 NÖ**
Anpassung des Pachtvertrages mit dem Parkhausbetreiber, der Inno-Park GmbH
10. **11-V-80-2331** **DL 27/11-5 NÖ**
Erwerb diverser Grundstücke zur Umsetzung des Bebauungsplanes "Kurt-Hebach-Straße", Mainz-Kastel
11. **11-V-80-2332** **DL 28/11-3 NÖ**
Öffentlich - rechtlicher Vertrag im Gewerbegebiet Petersweg-Ost
12. **11-V-80-2339** **DL 29/11-4 NÖ**
Verzeichnis der vom 01. Juli 2011 bis 30. September 2011 genehmigten Grundstücksvorlagen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler
Vorsitzender